

27.01.89

Antrag

des Landes Nordrhein-Westfalen

EntschlieBung des Bundesrates zur weiteren Verminderung der
militärischen Tiefflüge und der Gefährdung durch Militärflüge

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN
- I A 6 -

Düsseldorf, den 27. Januar 1989

An den
Präsidenten des Bundesrates

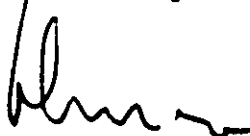
Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, dem Bundesrat den als Anlage beigefügten Antrag einer

EntschlieBung des Bundesrates zur weiteren
Verminderung der militärischen Tiefflüge und
der Gefährdung durch Militärflüge

zuzuleiten.

Ich bitte, den Antrag gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung in die Tagesordnung der Bundesratsplenarsitzung am 10. Februar 1989 aufzunehmen.

Der Stellvertreter
des Ministerpräsidenten



(Dr. Schnoor)

A n l a g eEntschlieung des Bundesrates zur weiteren Verminderung der militärischen Tiefflüge und der Gefährdung durch Militärflüge

Der Bundesrat hat in seiner Entschließung vom 04.11.1988 (vgl. Bundesratsdrucksache 412/88) die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Verminderung sowohl von Tieffluglrm als auch der Gefährdung durch militärische Tiefflüge führen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß diese Maßnahmen nicht ausreichend sind. Militärflüge - insbesondere militärische Tiefflüge - verursachen große Gefahren und starke Belästigungen für die Bürger. Immer wieder stürzen Militrmaschinen ab, Piloten und Zivilisten kommen dabei zu Tode; der Fluglärm beeinträchtigt die Lebens- und Wohnqualität sehr vieler Bürger.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, über die in der Entschließung vom 04.11.1988 gestellten Forderungen hinaus folgende ergänzende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Ein Konzept, das einen Verzicht auf militärische Tiefflüge überhaupt erlaubt;
2. als Sofortmaßnahmen
 - eine drastische Reduzierung der Tiefflüge
 - die Einstellung aller Tiefflüge unterhalb 1000 Fuß (300 Meter), insbesondere die ersatzlose Aufhebung der Tieffluggebiete bis 250 Fuß (75 Meter)
 - ein Verbot von Luftkampfbungen über Wohnsiedlungen
 - ein Verbot des unkontrollierten Sichtflugs über verdichteten Siedlungsbereichen
 - ein grundsätzliches Verbot des berfliegens von kerntechnischen Anlagen, Chemie- und Industrieanlagen mit hohem Gefährdungspotential einschließlich einer wesentlich erweiterten Mindestregelung für den seitlichen Abstand

6/1/83

- eine lückenlose Überwachung der Einhaltung von Mindestflughöhe und Überflugverboten;

3. eine Verbesserung des Systems der Abstimmung zwischen militärischer und ziviler Luftraumüberwachung (einschließlich Eurocontrol) und Mitbenutzung des für Militärflüge reservierten Teils des Luftraumes auch durch die zivile Luftfahrt;
4. den bedarfsgerechten Ausbau der Leistungsfähigkeit der Flugsicherung, und zwar sowohl personell und technisch als auch organisatorisch.

A n l a g eEntschlieung des Bundesrates zur weiteren Verminderung der militärischen Tiefflüge und der Gefährdung durch Militärflüge

Der Bundesrat hat in seiner Entschließung vom 04.11.1988 (vgl. Bundesratsdrucksache 412/88) die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Verminderung sowohl von Tieffluglrm als auch der Gefährdung durch militärische Tiefflüge führen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß diese Maßnahmen nicht ausreichend sind. Militärflüge - insbesondere militärische Tiefflüge - verursachen große Gefahren und starke Belästigungen für die Bürger. Immer wieder stürzen Militrmaschinen ab, Piloten und Zivilisten kommen dabei zu Tode; der Fluglärm beeinträchtigt die Lebens- und Wohnqualität sehr vieler Bürger.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, über die in der Entschließung vom 04.11.1988 gestellten Forderungen hinaus folgende ergänzende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Ein Konzept, das einen Verzicht auf militärische Tiefflüge überhaupt erlaubt;
2. als Sofortmaßnahmen
 - eine drastische Reduzierung der Tiefflüge
 - die Einstellung aller Tiefflüge unterhalb 1000 Fuß (300 Meter), insbesondere die ersatzlose Aufhebung der Tieffluggebiete bis 250 Fuß (75 Meter)
 - ein Verbot von Luftkampfbungen über Wohnsiedlungen
 - ein Verbot des unkontrollierten Sichtflugs über verdichteten Siedlungsbereichen
 - ein grundsätzliches Verbot des berfliegens von kerntechnischen Anlagen, Chemie- und Industrieanlagen mit hohem Gefährdungspotential einschließlich einer wesentlich erweiterten Mindestregelung für den seitlichen Abstand

- eine lückenlose Überwachung der Einhaltung von Mindestflughöhe und Überflugverboten;

3. eine Verbesserung des Systems der Abstimmung zwischen militärischer und ziviler Luftraumüberwachung (einschließlich Eurocontrol) und Mitbenutzung des für Militärflüge reservierten Teils des Luftraumes auch durch die zivile Luftfahrt;
4. den bedarfsgerechten Ausbau der Leistungsfähigkeit der Flugsicherung, und zwar sowohl personell und technisch als auch organisatorisch.

10.11.89

Beschluß**des Bundesrates**

zur

Entschließung des Bundesrates zur weiteren Verminderung der militärischen Tiefflüge und der Gefährdung durch Militärflüge

Der Bundesrat hat in seiner 606. Sitzung am 10. November 1989 die nachstehende Entschließung gefaßt:

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, damit sichergestellt wird:

1. Die sofortige Einstellung von Luftkampfbungen über Wohnsiedlungen.
2. Eine drastische Reduzierung der Tiefflüge sowie die Einstellung aller Tiefflüge unterhalb 1 000 Fuß (300 m), soweit diese nicht insbesondere durch Manöver unabdingbar sind.
3. Die Entwicklung verteidigungspolitischer Alternativen, die sonstige Tiefflugbungen langfristig überflüssig machen.
4. Ein grundsätzliches Verbot des berfliegens von Chemie- und Industrieanlagen mit hohem Gefährdungspotential.
5. Eine Verbesserung des Systems der Abstimmung zwischen militärischer und ziviler Luftraumüberwachung (einschließlich Eurocontrol) und Verlegung der militärischen Verbindungsflge zwischen Flugplatz und Übungsraum in den kontrollierten Luftraum (ber 450 m).

...

6. Der bedarfsgerechte Ausbau der Leistungsfähigkeit der Flugsicherung, und zwar sowohl personell und technisch als auch organisatorisch.